
Bericht

4. Außerordentlicher Kongreß des DGB - Neues Grundsatzprogramm 1981

Geschlossenheit und Augenmaß

Der DGB hatte sich mit seinem neuen Grundsatzprogramm, das auf dem 4. Außerordentlichen Kongreß vom 12. bis 14. März 1981 in Düsseldorf beschlossen wurde, viel Zeit gelassen. Es hatte länger gedauert, bis sich der Bundesvorstand auf einen Entwurf geeinigt hatte, und dieser Entwurf ist dann ein Jahr in der Mitgliedschaft diskutiert worden. Aber am Ende dieses langen Prozesses hatte man sich zusammengerauft. Die Antragskommission fand bei den letzten strittigen Punkten tragfähige Formulierungen. Der Kongreß setzte jedoch an einigen kritischen Punkten der Präambel, mehr noch in den Sachkapiteln, einige zusätzliche Akzente, vor allem auf Initiative der IG Metall. Der DGB bot alles in allem ein Bild der Geschlossenheit und des Selbstbewußtseins, der Solidarität und des Augenmaßes.

Das Grundsatzreferat des DGB- Vorsitzenden

Heinz O. Vetter, der Vorsitzende des DGB, hatte in seinem Eröffnungs- und Grundsatzreferat, das in diesem Heft abgedruckt ist, die Diskussion noch einmal zusammengefaßt. Die damit verbundene Einschätzung und Gewichtung wurde offensichtlich von den Delegierten

anerkannt und geteilt. Vetter nannte noch einmal die wesentlichen Diskussionspunkte und bezog klare Positionen, aber er setzte sich auch gegen Unterstellungen zur Wehr. Das bezog sich auf die Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft, um den Sozialstaat, um Toleranz und Gemeinwohl. Es enthielt auch selbstkritische Untertöne, etwa zur Solidarität und zur Jugend. Besonders deutlich zeigte sich diese Verbindung von klaren Positionen und abwägenden Beurteilungen in der Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung, den der DGB-Vorsitzende mit Nachdruck zurückwies. Zugleich machte er mit ebenso großer Deutlichkeit klar, daß das „gebrochene Verhältnis“ einer kommunistischen Partei, die sich als führende und bestimmende Kraft der Arbeiterschaft versteht, mit der Einheitsgewerkschaft, die autonom ihre Ziele setzt, unvereinbar ist. Dieser wichtigste innergewerkschaftliche Diskussionspunkt im Vorfeld des Kongresses wurde denn auch als einziger Punkt der Präambel noch einmal ausführlicher angesprochen, allerdings nicht im Sinne einer Debatte, sondern mehr im Sinne einer Erläuterung der jeweiligen gewerkschaftlichen Beschlüsse durch Sprecher der Gewerkschaften, die sich zu diesen Fragen durch Anträge besonders engagiert hatten (vgl. dazu unsere Dokumentation der Auszüge aus dem Protokoll).

Gemeinwohl— Toleranz

Vetter hatte die Stellung der Gewerkschaften in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, ihre Beziehung gegenüber Parteien und Unternehmern, noch einmal in Zusammenhang dargestellt. Sieht man nämlich die Präambel als Ganzes mit dem bewußten Bezug auf das Grundgesetz, dem Bekenntnis zum sozialen Rechtsstaat, zum Parlamentarismus und zum Mehrparteiensystem und — wichtiger noch — bezieht man diese Aussagen auf die konkrete gewerkschaftliche Politik der letzten Jahrzehnte und der Gegenwart, dann wird man schwerlich aus stilistischen Änderungen des Gemein- oder Gesamtwohlbegriffs andere politische Inhalte ableiten können. Vetter hat noch einmal unmißverständlich deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften selbst ihren Beitrag zum allgemeinen Wohl bestimmen und daß sie sich nicht einem Gemeinwohl unterordnen können, mit dem andere gesellschaftliche Gruppen ihre politischen Ziele bemängeln. Diese Diskussionsprozesse sind sicher nützlich, weil sie das politische Bewußtsein schärfen, und sie werden mit dem neuen Grundsatzprogramm auch nicht abgeschlossen sein. Gleiches gilt für den Toleranzbegriff, der ebenfalls ohne nochmalige Diskussion „qualifiziert“ wurde: Toleranz nur gegenüber Meinungen und Auffassungen, die auf dem Boden der im Grundsatzprogramm festgelegten Werte stehen.

Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit

Auch die kurze Auseinandersetzung zu der Formulierung vom Interessengegensatz von Kapital und Arbeit, der „vor allem“ seit dem Beginn der Industrialisierung die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägt habe, war sicherlich nützlich. Die Sprecher der Gewerkschaft Textil und Bekleidung wollten sicherstellen, daß es auch Konflikte aus anderen Gründen gebe und daß man die Einschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht auf einer dogmatischen vorab festgelegten Position aufbauen könnte; der Sprecher der Gewerkschaft Druck und Papier wies dagegen an den Beispielen Mitbestimmung, Ausspernung, Beschäftigung, technologischer Wandel und Tarifpolitik auf die Politik der Unternehmer hin, die aus ihren Kapitalinteressen den reformpolitischen Besitzstand immer mehr gefährdeten. Im übrigen bedeute auch nach seiner Meinung dieser Interessengegensatz nicht den ständigen offenen Konflikt, man müsse vielmehr Kampf und Verhandlungen stets zusammensehen.

Die von Eugen Loderer, dem Vorsitzenden der IG Metall, durchgesetzte Verschärfung des Präambeltextes, wonach „Die Entwicklung in der Bundesrepublik zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt“ habe — anstelle der ursprünglichen Formulierung: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat die alten Besitz- und Machtverhältnisse nicht wesentlich geändert“ - ist sicher vor dem Hintergrund der Aussperrungs- und vor allem der Mitbestimmungsdiskussion zu sehen, die die Metaller in besonderer Weise trifft, und zeigen die hier herrschende Verbitterung an. Kein Kurswechsel, aber ein Signal, das nachdenklich machen sollte.

Keine Redeschlachten

Ein Teil der Kongreßbeobachter war sicherlich enttäuscht, daß es keine großen Turbulenzen und Redeschlachten um die Präambel gab. Die Delegierten waren außerordentlich diszipliniert, wer nicht zur Sache sprach, wurde sofort mit Unmut bedacht, ein insgesamt wenig aufregendes Bild. Leider sind jedoch nur wenige Beobachter in der Lage, die langen vorhergegangenen Diskussionsprozesse richtig einzuschätzen. Sie lassen zudem häufig außer acht, daß das Grundsatzprogramm nur ein Teil des programmatischen Bestands der Gewerkschaften ist, man denke nur an das ebenfalls fast neue Aktionsprogramm von 1979. Und vor allem wird auch oft vergessen, daß ein Kongreß nur die Endstation eines internen Willensbildungsprozesses ist, bei dem, wie in Massenorganisationen üblich, schon sorgfältig vielfältige unterschiedliche Interessen auf demokratischem Wege ausgeglichen sind. Freilich lassen sich solche Gesichtspunkte auch nur schwer medienwirksam darstellen. Alles in allem hat sich jedoch die Gesamtdiskussion um die neue Präambel, die Bedeutung wie die Gefährdung der Einheitsgewerkschaft niemals deutlicher zum Ausdruck gebracht als in diesen Jahren — und nur das wird man zu bewahren wissen, was man in seinem Wert erkannt hat.

Die Sachkapitel

In den Sachkapiteln war von Anfang an weniger Stoff für Kontroversen angelegt als in der Präambel. Heinz O. Vetter hatte in diesem Zusammenhang in Heft 2/81 dieser Zeitschrift von einer „verlässlichen Einheit in der Sache“ gesprochen. Die in diesen Sachkapiteln niedergelegten Grundsätze waren sorgfältig in den entsprechenden gewerkschaftlichen Ausschüssen beraten, doch kam es auch hier zu einigen wichtigen Ergänzungen durch den Kongreß selbst.

Vorweg sind jedoch durch die Umgruppierung der einzelnen Sachkapitel die Gewichte mehr auf die gewerkschaftliche Autonomie gelegt worden. Die vorhergehenden Grundsatzprogramme von 1949 und 1963 haben noch fast ausschließlich Forderungen an den Staat gerichtet. Im neuen Grundsatzprogramm beginnen die Sachkapitel nicht wieder mit „Wirtschaftspolitischen Grundsätzen“. Am Anfang stehen vielmehr Forderungen zu den Arbeitnehmerrechten: Recht zum Zusammenschluß in Gewerkschaften, die sich ihre Aufgaben selbst bestimmen, Unantastbarkeit des Streikrechts, Kampf gegen die Aussperrung. Es folgen Grundsätze zum Arbeitsverhältnis und zur Humanisierung der Arbeit und erst dann leitet das neue Programm zu den Grundsätzen des Wirtschaftens über.

In der Wirtschaftspolitik wie in allen anderen Bereichen ist die beschäftigungspolitische Orientierung deutlicher als noch 1963 herausgearbeitet, aus naheliegenden Gründen. Vetter hatte in seinem Grundsatzreferat auf die Gefahren, die für die Beschäftigung am Horizont

heraufziehen, zumal für die Jugendlichen, mit großem Nachdruck hingewiesen. Und die Gewerkschaften haben bekanntlich mit ihrem Vollbeschäftigungsprogramm aus dem Jahre 1975 konkrete Vorschläge unterbreitet. Der Kongreß unterstrich in diesem Zusammenhang seine Forderung nach einer Arbeitsmarktabgabe durch alle Erwerbstätigen, auch durch die Beamten, die an vielen Leistungen der Bundesanstalt teilhaben, auch wenn sie nicht das Risiko der Arbeitslosigkeit haben. Die Differenzen in der Diskussion gingen im übrigen weniger um die Ziele — die können als unumstritten gelten — als um den Weg. Gleiches galt für eine kurze Kontroverse zur bruttolohnbezogenen Rente. In einer ebenfalls nur kurzen Debatte folgten die Delegierten einem von der Antragskommission vorgeschlagenen neuen Kapitel zur Energiepolitik.

Das Prinzip Mitbestimmung

Nimmt man die Sachkapitel als Ganzes, dann ist neben der durchgängigen beschäftigungspolitischen Orientierung, die im neuen Programm 1981 auffällt, eine ebenso bedeutende durchgängige Betonung des Prinzips Mitbestimmung festzustellen, was sich übrigens ebenfalls schon im neuen Aktionsprogramm von 1979 abzeichnete. Zunächst hatte der Bundesvorstand die unveränderte Übernahme des Abschnittes „Wirtschaftliche Mitbestimmung“ vorgeschlagen, als Beleg dafür, daß die schon 1963 wiederholten Forderungen immer noch nicht erfüllt sind. Der DGB hat jedoch seine Vorstellungen zur Mitbestimmung präzisiert. Heinz O. Vetter hatte schon in seinem Grundsatzreferat eine ausführliche Entschliebung des Bundesausschusses zur Mitbestimmung zitiert, die die aktuellen und prinzipiellen gewerkschaftlichen Positionen noch einmal zusammenfaßte: Nach Darstellung der prinzipiellen Forderungen wird darin eine Sicherung der Montanmitbestimmung, der Einfluß der Gewerkschaften in dieser Mitbestimmung und eine Öffnungsklausel gefordert, um die Montanmitbestimmung durch Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen zu sichern. Außerdem wurde ein Antrag der IG Metall angenommen, der die präzisierten gewerkschaftlichen Forderungen im Grundsatzprogramm selbst festschreibt.

Die vage Formulierung „Die überbetriebliche Mitbestimmung muß durch Organe verwirklicht werden, die paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besetzt sind“, wurde, ebenfalls auf Antrag der IG Metall, unterstützt von der ÖTV, auf einen Bundeswirtschafts- und Sozialrat mit regionalem Unterbau bezogen — gleichfalls eine alte gewerkschaftliche Forderung. Es war sicher kein Zufall, daß dieser Änderungsantrag von Rudi Judith, dem für den Montanbereich zuständigen Vorstandsmitglied der IG Metall, vorgetragen wurde. Denn im Stahl zeigen sich zur Zeit die unübersehbaren Grenzen unternehmenspolitischer oder gar nur marktwirtschaftlicher Ansätze. Das Prinzip Mitbestimmung, das je nach Bereich unterschiedlich zu konkretisieren ist, taucht durchgängig in fast allen Kapiteln des neuen Programms auf, ohne daß indes die einzelnen Ansätze schon genügend miteinander verknüpft wären. In ähnlicher Weise müßten auch die Probleme überbetrieblicher Mitbestimmung noch eingehender behandelt werden. Entgegen manchen Kritikern ist darauf hinzuweisen, daß hier keine ideologischen Spielwiesen gesucht werden. Was gebraucht wird, sind Möglichkeiten der Abstimmung zwischen privaten und öffentlichen Bedürfnissen, zwischen Wachstum und Beschäftigung, die mit den überkommenen Mitteln und Institutionen nicht zu lösen sind, siehe Stahlindustrie. Die Gewerkschaften haben hier keine Patentrezepte anzubieten, aber ihre Vorschläge als Weg in die Zwangswirtschaft zu diffamieren oder ihnen das fehlende Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ vorzuwerfen, mutet angesichts der auf uns zukommenden beschäftigungspolitischen Probleme wie ein bestenfalls schlechter Scherz an.

Lernziel Solidarität

Wenn das Grundsatzprogramm '81 auch ein solides Stück Arbeit darstellt, so darf es doch nicht zur Selbstzufriedenheit verleiten: Die FDP setzt offensichtlich auf mehr individuelle Entfaltung und wendet sich gegen „gewerkschaftliche Organisationsmacht“, eine zumindest auch in Teilen der CDU populäre Auffassung. Heinz O. Vetter hat das „Lernziel Solidarität“ mit Pathos auf dem Kongreß verteidigt, hier steht tatsächlich viel auf dem Spiel. Denn die Schein alternative, mit der individuelle Freiheit aus dem Zusammenhang solidarischen Handelns gelöst wird, appelliert an Vorurteile wie bürokratische Bevormundung, Macht der Apparate, Funktionärswillkür, um damit gewerkschaftliches Handeln zu diffamieren. Aber Freiheit und Entfaltung für Arbeitnehmer sind nur durch solidarisches Handeln zu sichern, oder sie sind überhaupt nicht möglich. Dies müssen die Gewerkschaften mehr denn je bis in die Betriebe hinein deutlich machen, wenn sie nicht auch von jener Welle aus Apathie und Resignation heimgesucht werden wollen, mit der die Gewerkschaftsbewegungen so vieler Länder kämpfen. Eine andere Frontlinie von ähnlich existentieller Bedeutung verläuft entlang der Auffassung, die Probleme von morgen durch die Rückkehr zu den Rezepten von vorgestern zu bewältigen, wofür die Politik Thatchers und Reagans und ihrer altliberalen Ratgeber Hayek und Friedman stehen. Wie kann man eine gesellschaftliche Entwicklung durchsetzen, die das Recht auf Arbeit und Beschäftigung einer „Erhöhung des Bruttosozialprodukts“ oder der „Kapitalrentabilität“ unterordnet? Was bedeuten diese neuen Herausforderungen für die Zusammenarbeit zwischen Staat, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie für die Rolle der Unternehmer?

Das neue Programm geht einen vorsichtigen Weg, hat sich von Totallösungen der Konzepte aus einem Guß abgewendet. Es schreibt Mindestbedingungen fest, und es fordert Mitbestimmung überall dort, wo die Interessen abhängiger Arbeit betroffen sind, und es setzt auf die Autonomie selbstbestimmender Gewerkschaften. Mit einem Wort: Das Programm findet seine Möglichkeiten aber auch Grenzen im Potential einer demokratischen Organisation. Ob das ausreicht, muß die Zukunft zeigen. Aber solange die Demokratie eine Zukunft hat, werden sie auch die Gewerkschaften haben. Und umgekehrt.

Dr. Gerhard Leminsky